

Lötscher wird Chef von Mobility

Rotkreuz Die Carsharing-Genossenschaft Mobility hat einen neuen Chef gefunden: **Roland Lötscher** (Bild) übernimmt den Posten per Anfang 2019 von Patrick Marti, der im August seinen Abgang angekündigt hatte. Lötscher bringe langjährige und vielfältige Berufserfahrung mit, teilte Mobility mit. Den Grossteil der Karriere habe der 50-Jährige bei Telekomfirmen im In- und Ausland absolviert, unter anderem bei Swisscom und zuletzt beim im Nahest tigen Unternehmen Zain.

Mobility-Verwaltungsratspräsident Frank Boller hofft, dass sein Unternehmen von Lötschers Wissen rund um prozessorientierte und technologisch getriebene Geschäftsmodelle profitieren wird. Die Genossenschaft zählt derzeit gut 177 000 Kunden und erzielte 2017 einen Umsatz von 76,2 Millionen Franken. (sda)

Nissan entlässt Manager Ghosn

Autoindustrie Der japanische Autokonzern Nissan hat entschieden, den Spitzenmanager Carlos Ghosn (64) aus seinem Amt zu «entfernen». Der in eine Finanzaffäre verstrickte Verwaltungsratschef muss seinen Posten somit räumen. Er war Anfang der Woche wegen des Vorwurfs des Verstosses gegen Börsenaufgaben verhaftet worden.

Die Führungsspitze des japanischen Autobauers hatte sich zu Beratungen getroffen, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Neben Ghosn hatten Ermittler auch Nissan-Direktor Greg Kelly festgesetzt. Auch er wurde seiner Aufgaben entbunden. Internen Ermittlungen zufolge sollen die Manager Geldbezüge in offiziellen Berichten an die japanische Börse falsch dargestellt und in Ghosns Fall zu niedrig beziffert haben. Medien zufolge hat Ghosn seit 2011 insgesamt 5 Milliarden Yen (40 Millionen Euro) Einkommen zu wenig angegeben. (sda)

Neuer Finanzchef bei WWZ-Gruppe

Zug Das Zuger Energie-, Telekom- und Wasser-Versorgungsunternehmen WWZ AG hat **Andreas Ronchetti** (47) zum neuen Chief Financial Officer (CFO) ernannt. Er folgt auf René Arnold (62), den langjährigen Finanzchef und Vizedirektor des Unternehmens, der im zweiten Halbjahr 2019 austritt. Für die Geschäftsführung der Pensionskasse und der Personalfürsorge stiftung von WWZ bleibt er weiter zuständig. Andreas Ronchetti verfüge über mehr als 20 Jahre Berufserfahrung und einen Leistungsausweis in der strategischen Finanzführung industrienaheer Unternehmen, teilt WWZ mit. Zuletzt war er als CFO im Haus Technikbereich bei der Firma Meier Tobler in Nebikon tätig. Ronchetti bildete sich unter anderem an der IMD Business School in Lausanne weiter. (sda)

Kryptowährungen im Fokus

Sursee Am diesjährigen Martini-Symposium ging es darum, ob Bitcoin & Co. als Zahlungsmittel taugen. Die Frage ist laut Experten nicht so einfach zu beantworten. Die Kryptotechnologie verstehen müsse man jedenfalls nicht.

Livio Brandenburg

Das Thema wirkte wie bestellt: «Kryptowährungen – Geld der Zukunft oder Zukunft ohne Geld? Wie die Technologie hinter den Kryptowährungen die Welt verändern kann.» Darüber diskutierten gestern Abend am Martini-Symposium Vertreter der Kryptobranche, Unternehmer und Experten aus anderen Feldern. Und so eröffnete der Surseer Stadtpräsident Beat Leu den Anlass im örtlichen Businesspark mit der Aktualität: dem Wertzerfall zahlreicher Kryptowährungen in den letzten Wochen. Wer in diesen Tagen bei Google «Bitcoin» eingebe, finde weniger schöne Artikel.

In der Tat: Von einem «Blutbad» wird da beispielsweise berichtet. Der Kurs vieler grosser Digitaldevisen, allen voran der bekanntesten, Bitcoin, brach seit Anfang Monat regelrecht ein (siehe Grafik). Doch auch andere Währungen wie Ethereum oder Ripple verloren massiv an Wert. Es sei also genau der richtige Zeitpunkt, um zusammenzukommen und sich über das Thema auszutauschen, sagte Leu.

Über 3000 Jobs in der Blockchain-Industrie

Als erster Referent zeigte Andreas Dietrich, Dozent und Leiter des Instituts für Finanzdienstleistungen Zug der Hochschule Luzern, ein interessantes Verhältnis auf: Die Marktkapitalisierung aller 2100 Kryptowährungen weltweit liege bei rund 150 Milliarden US-Dollar (vor einer Woche waren es noch über 200 Milliarden). Über die Hälfte dieses Werts mache Bitcoin aus. 150 Milliarden töne nach viel, doch im Vergleich sei dies eine bescheidene Zahl: Der wertvollste Konzern derzeit – Apple – beispielsweise sei rund 800 Milliarden Dollar wert. Aber auch der Gesamtwert anderer Anlagen, etwa von Gold, liege deutlich über den zusammengefassten Kryptowährungen. Was Dietrich damit sagen wollte: Es gibt keinen Grund, in Panik zu



Diskutierten am Martini-Symposium im Businesspark Sursee über Kryptowährungen (von links): Ralf Glabischnig, Andreas Dietrich, Moderator Reto Lipp, Monika Roth und Thomas Meier. Bild: Manuela Jans-Koch (22. November 2018)

verfallen. Die Frage sei, ob Kryptowährungen als Währungen im eigentlichen Sinne taugten.

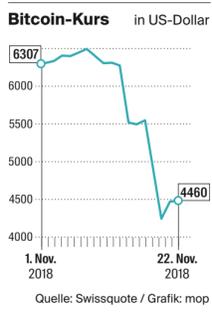
Am Beispiel von Bitcoin zeigte Dietrich einige Probleme auf. Das zentrale Merkmal einer Währung sei die Eignung als Zahlungsmittel. Und in der Schweiz gebe es hier ein Manko: Man kann erst an sehr wenigen Orten mit Bitcoin zahlen, da liege auch das Problem der enormen Schwankungen: «Wenn es wenige Stellen gibt, die eine Währung akzeptieren, kann sich diese nicht durchsetzen und bleibt volatil», so Dietrich. Und weil sie so grosse Schwankungen habe, blieben viele skeptisch. «Das ist ein Huhn-Ei-Problem, das wir hier haben.» Auch wenig spannend sei das Thema Bitcoin in der Schweiz wegen der nicht vorhandenen Inflation. «Doch in afrikanischen Ländern oder in Süd-

amerika ist der Bitcoin mit seiner inneren Begrenzung auf 21 Millionen Stück durchaus eine potenzielle Alternative», so Dietrich. Sein Nachfolgeredner Ralf

«Wenn es wenige Stellen gibt, die eine Währung akzeptieren, dann kann sich diese nicht durchsetzen und bleibt volatil.»

Andreas Dietrich
Dozent Hochschule Luzern

Glabischnig, Managing Partner der IT-Beratungsfirma Inacta AG, wies darauf hin, dass die Blockchain-Industrie, die alleine in der Schweiz über 3000 Jobs geschaf-



fen habe, noch immer übermässiger Skepsis ausgesetzt sei. Man höre oft den Satz: «Solange wir die Technologie nicht verstehen, können wir sie nicht einsetzen.» Daraufhin fragte er in den Saal, wer denn das http-Protokoll verstehe. «Und doch brauchen wir das Internet täglich.»

In der anschliessenden Diskussion wurden Dietrich und Glabischnig von Thomas Meier, CEO und Mitinhaber der Lehner Versand AG, und von Monika Roth, Dozentin an der Hochschule Luzern sowie Rechtsanwältin, ergänzt. Roth zeigte sich skeptisch, die Compliance-Expertin erkennt Geldwäschereisiken beim Handel mit Kryptowährungen. In digitales Geld zu investieren reize sie nicht. Anders Meier, dessen Firma Bitcoin akzeptiert. Die Anzahl Transaktionen sei bisher aber im kleinen Rahmen geblieben.

Börsendebüt für Bitcoin & Co.

Index ETP», wie die offizielle Bezeichnung des Korbes lautet, basiert auf einem Index der fünf wichtigsten beziehungsweise liquiden Kryptowährungen. Dass der Korb nur vier Sorten umfasst, liegt daran, dass es in der Sorte «Bitcoin Cash» unlängst zu einer Spaltung gekommen ist, die der Anlageeignung dieses Mediums offensichtlich so abträglich ist, dass es aus dem Korb entfernt werden musste.

Kryptowährung muss sich eine Reputation aufbauen

Die Spaltung, die in der Branche als «Hard Fork» bezeichnet wird, wirft ein Schlaglicht auf die Frage der Massentauglichkeit des noch jungen Phänomens von Kryptoinvestitionen. Vergleichbar mit einer herkömmlichen Währung, muss sich auch eine Kryptowährung eine Reputation aufbauen. Am besten gelingt das, wenn die Funktionsweise einer Kryptowährung möglichst unangetastet

bleibt oder im Einklang mit ursprünglichen Ideen der Gründer per Mehrheitsbeschluss der Nutzer geändert wird. Im Fall von Bitcoin Cash kam es vor Wochenfrist aber zu einer Art Schisma, in der nicht demokratische Prinzipien, sondern schlicht die mobilisierbare Rechenleistung der Kontrahenten den Ausschlag gaben. Die fehlende Transparenz über die Vorgänge hat den Kurseinbruch der Kryptowährungen zuletzt deutlich beschleunigt. Im Dezember des vergangenen Jahres wurde ein Bitcoin noch zu Preisen von über 20 000 Franken gehandelt. Inzwischen notiert die Sorte bei weniger als 4500 Franken.

Der ägyptische Jungunternehmer Rashwan sagte gestern anlässlich der Lancierung seines ETP in Zürich, die Vorgänge bereiteten ihm auch eine gewisse Sorge, doch am längerfristigen Potenzial von privaten Kunstwährungen liess er nicht den geringsten Zweifel aufkommen. Die

Erkenntnis sei ihm gekommen, als das ägyptische Pfund vor zwei Jahren 50 Prozent seines Wertes verlor und die hohe Inflation die Vermögen seiner Landsleute dahinraffte. Nur etwa einer Milliarde Menschen in der Welt käme das Privileg relativ stabiler Währungen zugute. Für die anderen seien Kryptoanlagen eine echte Alternative zu aufwendigen Wertaufbewahrungsmedien wie Gold.

Schweizer Börse ist weniger restriktiv

Das Argument lässt sich natürlich nicht leichtfertig wegwischen. Eine andere Frage ist, ob es auch als Motiv für eine Investition in den «Amun Crypto Basket Index ETP» gelten kann. Im Unterschied zur Six Swiss Exchange zeigt die amerikanische Börsenaufsicht SEC im Umgang mit solchen Produkten mehr Strenge. Den mehrfachen Versuchen von Fintech-Unternehmern, Bitcoin in regulierten US-Börsen in der

Form von ETF massentauglich zu machen, hat die Behörde unlängst mit dem Argument widerstanden, die Währungen seien für solche Konstrukte noch nicht reif genug. Das weniger restriktive Vorgehen der Schweizer Börse hat seinen Grund in deren strategischer Zielsetzung, die neuen Möglichkeiten der Blockchain-Technologie gezielt zu nutzen. Damit liegt die Six auch ganz auf der politischen Linie der Schweiz.

Der Amun-ETP ist zwar kein ETF und erhält damit auch nicht das Plazet eines nach Schweizer Recht strukturierten und von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht überwachten Fondsproduktes. Doch die Initiatoren geben sich alle Mühe, das Instrument an die Klasse der ETF heranzuführen. Billig sind die ETP freilich nicht. Amun verlangt eine Jahresgebühr von 2,5 Prozent pro investierten Dollar.

Daniel Zulauf

Auf den Postchef warten Baustellen

Bern Mit Roberto Cirillo (47) wählt der Post-Verwaltungsrat einen Manager mit internationaler Erfahrung zum neuen Chef. Für den Tessiner spricht, dass er sich mit Unternehmen auskennt, die sich im Umbruch befinden.

Rainer Rickenbach

Roberto Cirillo bezieht im April 2019 das Chefbüro am Post-Hauptsitz in Bern. Er bringt reichlich Erfahrung aus der internationalen Geschäftswelt mit. Der 47-jährige Tessiner gehört aktuell dem Verwaltungsrat der Croda International an, einem britischen Spezialchemieunternehmen. Mit seiner Familie lebt er in London.

Zuvor war er vier Jahre lang bei der internationalen Spitalgruppe Optegra für das Tagesgeschäft verantwortlich und acht Jahre lang in führenden Positionen bei der französischen Sodexo SA (Catering und Gemeinschaftsverpflegung) tätig.

Baustellen: Postauto AG und Filialnetz

Die Führungserfahrung dürfte den Ausschlag für die Ernennung zum CEO der Post gegeben haben. «Roberto Cirillo verfügt über langjährige Management-erfahrung in verschiedenen grossen und mittelgrossen Unternehmen und hat diese durch Transformationsprozesse geführt. Dabei hat er stets eine Verbindung zur Schweiz bewahrt», lässt sich Post-Verwaltungsratspräsi-



Roberto Cirillo tritt per April 2019 die Nachfolge von Ulrich Hurni an.

Bild: Schweizerische Post

dent Urs Schwaller in einer Mitteilung zitieren. «Ich bin überzeugt, dass er die Post erfolgreich in die Zukunft führen wird.» Cirillo ist diplomierter ETH-Maschinenbauingenieur, verheiratet und besitzt die schweizerische sowie italienische Staatsbürgerschaft. «Ich freue mich sehr, ge-

meinsam mit den Mitarbeitenden ein Stück Schweizer Identität weiterzuentwickeln und zu prägen», kommentiert er seine neue Aufgabe. Er tritt im nächsten Frühling die Nachfolge von Intermischchef Ulrich Hurni an, der im Sommer von der früheren Post-Chefin Susanne Ruoff übernahm.

Management-erfahrung wird Cirillo brauchen, denn beim Unternehmen in Bundesbesitz erwarten ihn verschiedene Baustellen. Da ist einmal der Subventionskandal der Postauto AG, der das Vertrauen in den gelben Riesen arg ramponierte. Finanziell ist der Fall zwar erledigt, die Post hat

sich verpflichtet, 205 Millionen Franken an die Geldgeber der öffentlichen Hand zurückzahlen. Juristisch ist die Erschleichung von Finanzbeiträgen aus den öffentlichen Kassen indes noch nicht ausgestanden. Beim Bundesamt für Polizei ist seit Februar ein Verwaltungsstrafverfahren im Gang. Noch ist unklar, ob es zu Anklagen gegen die Verantwortlichen kommt. In der Kritik steht die Postauto AG auch wegen ihres wenig einträglichen Engagements in Frankreich. Im Sommer hat ein französisches Handelsgericht die Postauto AG zu einer Strafzahlung von 9,5 Millionen Euro verdonnert, weil sie durch Querfinanzierungen den Wettbewerb um den Regionalverkehr im Departement Isère unrechtmässig verzerrt hatte.

Die schwierigste Herausforderung wartet auf den neuen Post-Chef indes im Kerngeschäft. Der Umbau des einst betrieblichen PTT-Betriebes zu einem modernen Logistikunternehmen ist noch nicht abgeschlossen. Politisch heikel ist es dabei besonders, den Service public mit der rasanten technologischen Entwicklung unter einen Hut zu bringen. Die Post hat vor, die Zahl der Postbüros bis in gut zwei Jahren

von 1400 auf 900 bis 800 zu senken. Gleichzeitig sollen die Zugangspunkte zu Postdiensten ausserhalb der Postgebäude von 3800 auf 4200 erhöht werden.

Gewerkschaft kritisiert Zeitpunkt der Wahl

Der damit verbundene Stellenabbau stösst bei der Gewerkschaft Transfair auf Widerstand. Sie hat gegen den neuen Post-Chef zwar nichts einzuwenden. Gar nicht einverstanden ist sie jedoch mit dem Zeitpunkt der Wahl: Die Personalvertreterin Susanne Blank, die vorzeitig aus dem Verwaltungsrat zurücktrat, ist noch nicht ersetzt. «Was bei diesem Entscheid fehlt, ist die Stimme der Arbeitnehmenden», sagt René Fürst, Branchenleiter Post und Logistik bei Transfair.

Blank und der Arbeitgebervertreter Adriano P. Vassalli gehörten dem Verwaltungsratsausschuss Compliance an, der über die Einhaltung der Regeln beim Post-Konzern wacht. Sie standen darum besonders in der Kritik, als sich herausgestellt hatte, dass die Postauto AG jahrelang ihre Gewinne kleinrechnete, um mehr Subventionen einstreichen zu können. Vassalli trat im Sommer aus dem Gremium zurück.

ANZEIGE

LZ Podium Diskussionsrunde

Darf man das noch sagen? Politische Korrektheit als Bremsklotz

Podiumsdiskussion über den öffentlichen Meinungsbildungsprozess



Es ist eine steile These: Moralapostel und Gesellschaftsverbesserer wollen alles verbieten, was nicht der eigenen Gesinnung und Vorstellung entspricht. Und weil diese Akteure immer lauter werden, ist die Meinungsfreiheit in Westeuropa in Gefahr. So zumindest sieht es der streitbare Autor Giuseppe Gracia in seinem neuen Buch «Das therapeutische Kalifat». Doch stimmt das wirklich? Die öffentliche Meinungsfreiheit war doch noch nie so garantiert wie heute? Oder verhindert die so oft angemahnte politische Korrektheit offene Debatten in Politik und Gesellschaft?

Datum: Mittwoch, 28. November 2018
Ort: Luzerner Zeitung AG, LZ Auditorium, Maihofstrasse 76, 6006 Luzern
Programm: 18.00 Uhr Türöffnung
18.30 bis 20.00 Uhr Podiumsdiskussion mit anschliessender Fragerunde
Eintritt: Freier Eintritt, beschränkte Anzahl Plätze

«Das therapeutische Kalifat»
Es ist eine Binsenweisheit, dass die Eliten den öffentlichen Diskurs in Medien, Kultur und Politik dominieren. Immer öfter agieren sie jedoch mit dem moralischen Anspruch von Volkstherapeuten, die alle zum friedlichen Zusammenleben erziehen wollen. Unmerklich hat sich in Westeuropa auf diese Weise ein therapeutisches Kalifat etabliert: Wer mit seinen Ansichten von der verordneten Therapie abweicht, muss mit Sanktionen rechnen. Schliesslich wollen die Eliten die Wahrheit alleine definieren. So ist ein neuer Klassenkampf zwischen «Therapeuten» und «Patienten» in unseren Breitengraden entstanden. Feinsinnig und mutig skizziert der Schriftsteller Giuseppe Gracia die «öffentliche Patientenverordnung» in Medien und Politik und plädiert für einen zivilen Ungehorsam und den Mut zum Widerspruch. www.fontis-shop.ch/Das-therapeutische-Kalifat

Mittwoch, 28. Nov. 2018, LZ Auditorium, Luzern

